
Antrag

der Fraktion der CDU

Den Berlinerinnen und Berlinern das Reisen wieder ermöglichen – Taskforce für Bürgerämter einrichten

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, den Berlinerinnen und Berlinern unverzüglich einen besseren Zugang zu den Dienstleistungen der Berliner Bürgerämter zu ermöglichen.

Dafür soll unter Leitung des Berliner Innensenators eine „Taskforce Bürgerämter“ eingerichtet werden.

Diese Taskforce soll unmittelbar verschiedene Maßnahmen in die Wege leiten, um den Berlinerinnen und Berlinern einen zeitnahen Termin in einem Bürgeramt Berlins zur Verfügung stellen zu können.

Zu den Maßnahmen sollen neben anderen gehören:

1. Zurverfügungstellung zusätzlicher Büroflächen für die Bürgerämter, um pandemiekonform den Besucherverkehr zu ermöglichen und die Mitarbeiter zu schützen. Zur Not und wenn möglich, sollen geeignete Anliegen im Freien oder in bereitgestellten Zelten angeboten werden.
2. Effektivere Nutzung der vorhandenen Räume. Damit die Abstandsregeln auch zwischen den Mitarbeitern gewährleistet werden können, sollen die Öffnungszeiten über die bestehenden Öffnungszeiten ausgedehnt werden.
3. Kurzfristige bezirksübergreifende Aufstockung des Personals der Bürgerämter durch Mitarbeiter aus anderen Fachbereichen.

4. Effektive Anreizsysteme für die Mitarbeiter der Bürgerämter mit Überstundenzahlung, Sonderurlaub oder Sonderzulage.

Der Senat soll bis zum 1. Juli 2021 über den Stand der Vorbereitungen berichten.

Begründung

Die pandemiebedingten Reisebeschränkungen werden langsam aufgehoben und die Menschen können wieder in die Ferne reisen. Darauf mussten sie sehr lange warten und natürlich haben es die Menschen verdient, diese Freiheit wieder zu genießen. Andererseits waren die Bürgerämter im vergangenen Jahr aufgrund der verschiedenen Lockdowns nicht erreichbar und die Menschen haben daher ihre Personaldokumente nicht verlängern können. Da sie aufgerufen waren, im eigenen Land Urlaub zu machen, sind insbesondere Reisepässe nicht verlängert worden. Jetzt, wo Urlaub auch außerhalb Deutschlands langsam wieder möglich wird, brauchen viele reisewillige Berliner kurzfristig einen Termin im Bürgeramt. Nachdem die Impfungen durch die Einhaltung der Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie ihren Erfolg zeigen, wäre es für viele Berliner unverständlich, aufgrund eines nicht verlängerten Personaldokuments auf die lang ersehnte Reise verzichten zu müssen. Die Berliner Verwaltung ist daher zwingend gefordert, alle nötigen Maßnahmen zu treffen, dass kurzfristig und verteilt über alle Bezirke hinweg zusätzliche Termine im Bürgeramt angeboten werden.

Es ist bedauerlich, dass dieser administrative Kraftakt von den vielen sehr guten und motivierten Verwaltungsmitarbeitern gestemmt werden muss und sie unter den Führungsfehlern dieses Senates leiden müssen. Für die Berlinerinnen und Berliner ist es unerheblich, welche Anstrengungen des Senats in der Vergangenheit unternommen wurden, um die Arbeit der Bürgerämter zu verbessern. Fakt ist, die Menschen bekommen keinen Termin. Niemand in Berlin erwartet einen Pass auf Knopfdruck, aber die Menschen haben bei ihren wenigen Berührungspunkten mit der Verwaltung Anspruch darauf, dass zumindest ihre zentralen Anliegen – wie die Verlängerung eines Personaldokuments – nun zeitnah erfüllt werden.

Insbesondere die (zeitlich befristete) Ausweitung der Öffnungszeiten der Berliner Bürgerämter verspricht, die Einhaltung von Abstandsregeln auf den vorhandenen Flächen besser zu ermöglichen. Gleichzeitig ist dies für Arbeitnehmer und Familien, die nach wie vor durch Testpflichten, eingeschränkten Regelbetrieb der Kitas und weitere Schutzmaßnahmen noch zusätzlich belastet werden, ein wichtiges Signal. Passverlängerungen können nicht für alle in den Kernarbeitszeiten erledigt werden, hier muss die Berliner Verwaltung serviceorientierter handeln. Gleichzeitig kann die Erweiterung der Öffnungszeiten auch als Modell für eine generelle Ausweitung der Öffnungszeiten genutzt werden und so Daten gesammelt werden, welche Zeitfenster besonders nachgefragt werden.

Berlin, 8. Juni 2021

Dregger Lenz
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der CDU